

Wien, am Montag, den 26. November 1928. Zweite Ausgabe

Die Beratung des städtischen Haushaltsplanes. Stadtsenat und Finanzausschuss setzten heute in dreistündiger Beratung die Generaldebatte über den Voranschlag für das Jahr 1929 fort. Es wurde die Generaldebatte beendet und morgen Dienstag wird der städtische Finanzreferent auf die Einwendungen der Minderheit erwidern. Heute sprach als erster Redner Vizebürgermeister Hoss, der eine andere Form der Auseinandersetzung der Gemeinde mit dem Bund über die Abgabenteilung forderte. Er sprach auch sehr ausführlich über die Personalpolitik der Gemeindeverwaltung, die er für verfehlt hält. Die Mehrheit lasse sich dabei ausschliesslich von parteipolitischen Grundsätzen leiten. Auch in der Personalpolitik müsse die Gemeinde auf die Steuersahlerücksicht nehmen. Es zeige sich, dass die Personallasten immer grösser werden. Dies scheint auch der Grund dafür zu sein, dass man jetzt gewisse Betriebe, die keinen Monopolcharakter haben, abstösst. Es ist wohl richtig, dass die Gemeinde rund dreissig Prozent der Nettoausgaben für das Wohlfahrtswesen aufwendet. Aber auch hier muss bemängelt werden, dass die Verpflegung für die Erwachsenen ungenügend ist und auch die Fürsorgebeträge meist zu klein sind. Die Errichtung eines Stadions sei sehr zu begrüssen, doch dürfe man sich nicht bezüglich des Platzes auf einen unverständlichen Standpunkt stellen. Es sei zu hoffen, dass hier die Vorschläge der Minderheit berücksichtigt werden. In den städtischen Wohnbauten werden auf Kosten der Wohnungssuchenden viel zu viel Geschäftslokale geschaffen. Man müsste den Bau von Geschäftslokalen auf das notwendigste beschränken. Das Heimfallrecht bei den Siedlungsbauten ist gegenwärtig mit dreissig Jahre festgesetzt. Dieser Zeitraum müsste verlängert werden. Zur Förderung des Fremdenverkehrs gehört unzweifelhaft die Erschliessung des Kahlenberges. Die ganze Bevölkerung würde es begrüssen, wenn die Gemeinde endlich dieses schönste Gebiet allgemein zugänglich machen würde. Heute ist der Kahlenberg vollständig verwahrlost und die Gemeinde könnte für sich die grosse Tat in Anspruch nehmen, wirklich etwas Vorbildliches geschaffen zu haben. Der jetzige Zustand aber müsse als Schande bezeichnet werden. Redner ersucht ferner bezüglich der Reichsbrücke mit dem Bund in ernste Verhandlungen zu treten und über eine gewisse Beitagsleistung der Gemeinde konkrete Vorschläge zu erstatten. Für Floridsdorf sei diese Brücke, ebenso wie der Bau des zweiten Sammelkanals eine dringende Notwendigkeit. Schliesslich ist auch die Ausgestaltung der Märkte unbedingt erforderlich. Gemeinderat Angermayer verlangt Aufklärung über den Hauseinsturz auf dem Alsergrund und beschäftigt sich dann sehr eingehend mit der Finanzpolitik der Gemeindeverwaltung. Die Finanzpolitik des Stadtrates Breitner nehme in keiner Weise Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung und müsse deshalb als ruinös bezeichnet werden. Es werden alle Lasten auf die gegenwärtige Generation gelegt, die einen vierjährigen Krieg und eine Geldentwertung durchgemacht hat. Es müssten aber die kommenden Generationen vor allem herangezogen werden. Am ruinösesten für die Wirtschaft ist die Fürsorgeabgabe. Im Voranschlag sind 76 Millionen Schilling eingestellt, gegenüber 69 Millionen im Jahre 1928. Man kann diese Abgabe ruhig als Strafsteuer bezeichnen, denn sie nimmt gar keine Rücksicht darauf, ob der Betrieb aktiv oder passiv ist. Bei der Durchführung einer Steuerreform müsse vor allem diese Steuer abgebaut werden. In den letzten Jahren wird immer ein Defizit abgesetzt, während die Mehrheit früher sehr stolz auf die Überschüsse war. Aber auch das Defizit, das im Voranschlag für das Jahr 1929 ausgewiesen wird, würde sofort verschwinden, wenn

man sich entschliesse, eine Anleihe aufzunehmen. Dann könnte auch eine mindestens fünfzigprozentige Steuerermässigung eintreten. Es ist sehr bedauerlich, dass auch die städtische Finanzpolitik parteipolitisch eingestellt ist. Die Steuerträger werden nicht nur nach ihrer Tragfähigkeit, sondern auch nach ihrer Parteizugehörigkeit eingeschätzt. Ein solches Vorgehen muss auf die Öffentlichkeit korrumpierend wirken. Die Personalpolitik wird ebenfalls nach parteipolitischen Grundsätzen geführt. Bei der Besprechung des Wohnungswesens erklärt der Redner, dass die Sozialdemokraten heute Mammutbauten mit Liliputamerwohnungen bauen, obwohl sie seinerzeit den schärfsten Kampf gegen die Mietkasernen geführt haben. Die Wohnungsfrage ist zugleich auch eine Verkehrsfrage und es wäre höchste Zeit, den Bau einer Untergrundbahn in Angriff zu nehmen. Eine Investitionsanleihe wäre dafür sicher zu haben. Auch in der Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien gibt der parteipolitische Standpunkt den Ausschlag. Ihre Sozialisierungsversuche haben dahin geführt, dass Sie die Betriebe, die Sie seinerzeit geschaffen haben, nun alle wieder in die Privatwirtschaft überführen. Schliesslich stellt der Redner die Anfrage, ob die Gerüchte wahr seien, dass das städtische Brauhaus verkauft werden soll. Gemeinderat Uebelhör bespricht vorwiegend die Wirtschaftspolitik und die Lage der Wiener Gewerbetreibenden. Während das Vermögen der Gemeinde Wien in den letzten Jahren eine ungeheure Steigerung erfahren hat, sind die Gewerbetreibenden dank der Steuerpolitik der Sozialdemokraten arm geworden. Sie haben heute keine Kreditmöglichkeit, können nicht entsprechend Rohstoffe einkaufen und auf Lager arbeiten, weil ihnen eben das Betriebskapital fehlt. Das System der Steuervorschreibungen ist unhaltbar. Bei der Vorschreibung insbesondere der Fürsorgeabgabe herrscht die Sucht, alles zu besteuern. Die Einrichtung der Wertzuwachsabgabe ist heute ein Ding der Unmöglichkeit, wie man ihresgleichen auf der ganzen Welt nicht findet. Es wäre auch wünschenswert, die Autosteuer insbesondere bei kleineren Wagen herabzusetzen, weil dadurch nicht nur der Autoindemnis geholfen, sondern auch die Arbeitslosigkeit eingedämmt werden könnte. Schliesslich verlangt Gemeinderat Uebelhör, dass endlich einmal auch die Gemeinderatsprotokolle in Druck gelegt werden.

Subventionen der Gemeinde Wien. Der städtische Finanzausschuss hat heute wieder einige Subventionen beschlossen. Die Gesellschaft zur Förderung des Verbrauches von Milch und heimischen Molkereiprodukten wird mit tausend Schilling subventioniert. Die Gesellschaft ist bestrebt, den heimischen Milchkonsum zu steigern und durch fachgemässe Beratung die Erzeugung von Molkereiprodukten zu fördern. Die Bildungsstelle des österreichischen Senefelderbundes erhält ebenfalls eine Subvention von tausend Schilling. Die Bildungsstelle hält an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt in Wien Fachkurse zur Weiterbildung der Gehilfen und Lehrlinge ab. Während des Schuljahres werden Mappen und Reproduktionen von Gemälden in verschiedenen modernen Techniken hergestellt, ins Ausland versendet und auf diese Weise Graphische Wiener Kunst im Ausland verbreitet, um verlorene Absatzgebiete wieder zurückzugewinnen. Die Hietzinger Freiwillige Rettungsgesellschaft wird mit sechshundert Schilling subventioniert. Sie versieht seit 41 Jahren in der uneigenmützigsten Weise den Rettungsdienst im XIII. Bezirk und den angrenzenden westlichen Bezirken und hat seit Bestand in 103.609 Fällen interveniert.